

Sitzungsniederschrift

2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich, (Raum 1.106)		
Sitzungsdatum: 17.01.2017	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:55 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU	
Bienhoff-Topp, Ida	SPD	
Biller, Anita	SPD	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Harms, Antje	SPD	Vertretung für Herrn Hermann Ihnen
Hoffmann, Gerhard	FW	
Jelken, Friedhelm	CDU	Vertretung für Herrn Harald Tammen
Klopsch, Ute	AfD	
Trei, Hilko	FDP	
Ubben, Hilde	AWG	
Grundmandat		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Bagusat, Klaus-Dieter		
Borm, Hans-Joachim		
Gerdes, Richard		

Hülsebus, Dieter

Pieschke, Bärbel

Tobiassen, Bernd

Verwaltung

Bredthauer, Doris Prof. Dr.

Leiterin des Amtes für Gesundheitswesen

Christoffers, Dieter

Leiter des Sozialamtes

Jelden, Frauke

Müller, Michael

Protokollführer / Stellvertretender Leiter des Sozialamtes

Puchert, Dr. Frank

Erster Kreisrat

Seemann, Volker

Abteilungsleiter Sozialamt

Nicht anwesend:

Mitglieder

Ihnen, Hermann

SPD

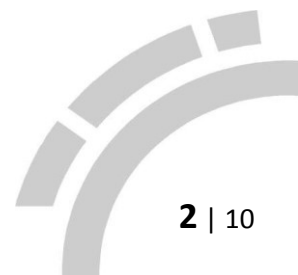
Tammen, Harald

CDU

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.12.2016 - öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE vom 03.01.2017, Obdachlosigkeit im Landkreis Aurich
Vorlage: IX-AF/2017/002
7. Vorstellung des Sozialpsychiatrischen Dienstes und neuer Projekte durch Frau Prof. Dr. Doris Bredthauer
8. Vorstellung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten
9. Antrag der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V., Aurich, auf Bezuschussung
Vorlage: IX/2017/005
10. Themen zur Pflegekonferenz 2017
11. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
12. Einwohnerfragestunde
13. Schließung der Sitzung



Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:00 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die **Vorsitzende Kleinert** wies darauf hin, dass ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.01.2017 vorliegt. **Vorsitzende Kleinert** schlug vor, diesen Antrag unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes, Wünsche, Anregungen“ zu erörtern.

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.12.2016 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift vom 07.12.2016 - öffentlicher Teil – wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2

➔ **einstimmig beschlossen**

Vorsitzende Kleinert wies nach der Abstimmung auf zwei Fragestellungen hin, die in der letzten Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes, Wünsche, Anregungen“ gestellt wurden. Es ging um die Aufgaben des Ausschusses und um Namensschilder.

Aufgaben und Funktion des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Kreisamtsrat (KAR) Müller erläuterte, dass die Bildung von Ausschüssen der Organisationshoheit der Kommune obliege. Zweck der gegründeten Ausschüsse sei die Entlas-



tion des Kreisausschusses bzw. Kreistages. Die Ausschüsse haben eine beratende Funktion und keine Beschlusskompetenzen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung befasse sich mit Themen aus dem Bereich der Sozialhilfe, des Gesundheitswesens und der Gleichstellungsbefragten.

Hierzu gehörten beispielsweise folgende Themenfelder:

Sozialhilfe:	Gesetzgebung und Änderungen im Sozialhilferecht Belange in der Pflege- und Betreuungslandschaft des Landkreises Aurich Entwicklungen in der Sozialhilfe
Gesundheitsamt:	Die gesundheitliche und psychosoziale Versorgung im Landkreis Aurich Verbesserung der Hygieneüberwachung in öffentlichen und medizinischen Einrichtungen
Gleichstellung:	Information über gleichstellungsrelevante Themen Projektvorstellungen

Namensschilder:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig bei zwei Enthaltungen ab der kommenden Sitzung Namensschilder einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE vom 03.01.2017, Obdachlosigkeit im Landkreis Aurich **Vorlage: IX-AF/2017/002**

Kreisamtsrat (KAR) Müller erläuterte die Vorlage und gab weitere Informationen zur Obdachlosenfürsorge. Insbesondere wurde betont, dass es in der Obdachlosenfürsorge unterschiedliche Zuständigkeiten gebe. Da in niedersächsischen Landkreisen die sachliche Zuständigkeit für die Unterbringung von unfreiwillig obdachlosen Personen jeweils bei den kreisangehörigen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden liege und dort die abgefragten Daten teilweise nicht erfasst worden seien, könnten von der Verwaltung nicht sämtliche Fragen beantwortet werden.

Abgeordnete Albers wies darauf hin, dass im Rahmen der Flüchtlingssituation vom Landkreis Aurich 5 Millionen Euro für den „Sozialen Wohnungsbau“ bereitgestellt wurden. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** entgegnete, dass dieser Betrag seinerzeit nicht für den „Sozialen Wohnungsbau“ vorgesehen war, sondern um vorläufige Unterkünfte für Flüchtlinge zu errichten. Wenn es um den „Sozialen Wohnungsbau“ gehen soll, sei die Politik gefordert, die entsprechende Thematik zu behandeln und auch zur Entscheidung zu bringen.

Abgeordnete Biller schlug vor, in einer kommenden Sitzung das Nachtsyl zu besuchen, um sich einen besseren Eindruck über die Situation verschaffen zu können. **Abgeordnete Bienhoff-Topp** erklärte, dass es nicht ausreiche, den „Sozialen Wohnungsbau“ anzumahnen. Zur Beurteilung des Bedarfs seien verlässliche Zahlen notwendig.

TOP 7 **Vorstellung des Sozialpsychiatrischen Dienstes und neuer Projekte durch Frau Prof. Dr. Doris Bredthauer**

Frau Prof. Dr. Bredthauer, Leiterin des Gesundheitsamtes, stellte sich zunächst vor und erläuterte sodann anhand einer PowerPoint-Präsentation die Funktion und Aufgaben der Sozialpsychiatrischen Dienstes. Zudem gab sie einen Ausblick auf anstehende Projekte.

Herr Borm ergänzte zum vorgestellten Projekt EX-IN, dass der Paritätische Wohlfahrtsverband ein ähnliches Projekt mit Betroffenen erfolgreich durchgeführt habe.

Herr Bagusat wies auf lange Wartezeiten für einen Termin beim Psychologen hin und erkundigte sich nach der Versorgung im Landkreis Aurich. **Frau Prof. Dr. Bredthauer** beschrieb die Problematik, dass die Psychologen Personen, die in leichter Form betroffen seien, oftmals schneller einen Termin erhielten (75 % chronisch und 25 % leichter betroffen). Zur Lösung dieser Situation sei eine Reglementierung nötig, die schwerer betroffenen Patientinnen und Patienten gerecht werde.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich abschließend für den Bericht.

(Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anhang beigelegt.)

TOP 8 **Vorstellung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten**

Gleichstellungsbeauftragte Jelden berichtete zunächst über die historische Entwicklung der Gleichstellungsbeauftragten. So müssen Kommunen seit 1994 eine Frauenbeauftragte bzw. seit 2005 eine Gleichstellungsbeauftragte bestellen. Eine Bestellung ist im Haupt-, Neben- und Ehrenamt möglich. Die Hauptamtlichkeit ist für Kommunen ab einer Größe von 20.000 Einwohnerinnen / Einwohner festgeschrieben.

Im Landkreis Aurich wurde bereits 1987 die hauptamtliche Stelle der Frauenbeauftragten eingerichtet. Die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten dürfen nur Frauen ausüben. Die Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten erfolgt durch den Kreistag.

Sie führte weiter aus, dass jede Kommune eine Gleichstellungsbeauftragte bestellen muss und die Gleichstellungsbeauftragte in der Tätigkeit weisungsfrei ist. Sie ist der Verwaltungsleitung direkt unterstellt.

Die Gleichstellungsbeauftragte

- ist in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, rechtzeitig zu beteiligen,
- wirkt bei allen Vorhaben und Entscheidungen mit, die Auswirkungen auf Gleichstellung haben,
- hat Teilnahme- und Rederecht an den Sitzungen, sowie ein Recht auf Akteneinsicht und

- wird an Personalangelegenheiten beteiligt.

Gleichstellungsbeauftragte Jelden wies noch auf ihre Mitarbeit in der AG Personalentwicklung, dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement, der Personalentwicklung und der Betrieblichen Kommission hin. Weiter ist sie an der Entwicklung familienfreundlicher Arbeitsmodelle beteiligt und berät Kolleginnen/Kollegen und Bürgerinnen/Bürger zu den Themen: Familie und Beruf, Trennung / Scheidung, Gewalt, Mobbing, Stalking).

Abgeordnete Ubben verließ die Sitzung um 16.25 Uhr und nahm ab 16.35 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Abgeordnete Albers äußerte den Wunsch, dass durch die Gleichstellungsbeauftragte in einer kommenden Sitzung über Jobsharing und der Förderung von Frauen in Führungspositionen berichtet werde.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich abschließend für die Ausführungen.

(Eine PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anhang beigefügt.)

TOP 9 **Antrag der Schuldnerberatung Ostfriesland e.V., Aurich, auf Bezuschussung**
Vorlage: IX/2017/005

Vorsitzende Kleinert wies darauf hin, dass die Kreistagsfraktion FREIE WÄHLER mit Schreiben vom 16.01.2017 eine Berichterstattung über die Arbeit der vom Landkreis unterstützten Schuldnerberatungen in Aurich und Norden beantragt habe.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beschlussempfehlung von der Verwaltung gefertigt wurde. Er erkundigte sich beim **Abgeordneten Hoffmann**, ob dieser Antrag als Ergänzungsantrag zu werten sei und wegen der Anwesenheit der Diakonievertreter (Herr Hillen und Frau Hagen, Schuldnerberatung der Diakonie Aurich sowie Herr Hülsebus, Schuldnerberatung der Diakonie Norden) heute behandelt werden könne. Diese wurde durch **Abgeordneten Hoffmann** bejaht.

Kreisamtsrat (KAR) Müller erläuterte sodann, dass in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung am 22.08.2016 die Herren Jansen und Obst vom Betreuungsbüro Aurich den als gemeinnützig anerkannten Verein „Schuldnerberatung Ostfriesland e.V.“ vorstellten. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wurde durch die Herren Jansen und Obst ein Zuschussbetrag für die Schuldnerberatung in Höhe eines jährlichen Betrages von 20.000,00 € beantragt.

Abgeordnete Biller verließ die Sitzung um 16.35 Uhr und nahm ab 16.42 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Im Landkreis Aurich werde die Schuldnerberatung seit 1978 als Hilfestellung für überschuldete Familien und Einzelpersonen durch die Diakonischen Werke durchgeführt. Der Landkreis Aurich unterstütze die soziale Schuldnerberatung der Diakonischen Werke seit Jahren ideell und finanziell. Um die wachsende Nachfrage an Beratungsgesprächen leisten zu können, haben die Diakonischen Werke in Aurich und Norden im



Jahr 2015 eine zusätzliche Schuldnerberaterin bzw. einen zusätzlichen Schuldnerberater (je 19,5 Stunden pro Woche) und eine zusätzliche Verwaltungskraft (je 14,00 Stunden pro Woche) eingestellt. Um die dadurch entstehenden höheren Personalkosten aufzufangen, erfolgte aufgrund des Beschlusses des Kreisausschusses vom 28.01.2016 eine Erhöhung des Zuschusses an die Schuldnerberatungsstellen der Diakonischen Werke in Aurich und Norden auf je 30.000,00 € (insgesamt 60.000,00 €) pro Jahr.

Es wurde darauf hingewiesen, dass im Sozialamt aktuell keine Erkenntnisse über fehlende Beratungstermine oder lange Wartezeiten vorliegen. Insoweit sei seitens der Verwaltung momentan kein Bedarf für die Erweiterung dieses Beratungsangebotes festzustellen.

Frau Hagen, Schuldnerberatung der Diakonie Aurich, erklärte ergänzend, dass die Schuldnerberatung in Aurich aktuell mit 3 Mitarbeitern bzw. 78 Stunden wöchentlich besetzt sei. Es gab Wartezeiten in Aurich, die durch die Aufstockung des Personals abgebaut werden konnten. Derzeit können innerhalb von 14 Tagen Beratungstermine angeboten werden, bei Krisen, wie beispielsweise bei Stromsperrungen, Kontosperrungen), auch innerhalb von 2 Tagen. **Herr Hülsebus**, Diakonie Norden, führte für die Schuldnerberatung in Norden aus, dass dort 3 ausgebildete Schuldnerberaterinnen arbeiten, die ein zertifiziertes Ausbildungssystem durchlaufen hätten. Die Zuschusserhöhung bzw. die damit verbundene Personalaufstockung habe auch in Norden zu einer Reduzierung der Wartezeiten auf ca. 14 Tage geführt. Bei drohendem Wohnungsverlust sei auch eine schnellere Terminvergabe möglich. Eine Warteliste gebe es auch in Norden nicht.

Herr Hillen, Diakonie Aurich, ergänzte, dass die Schuldnerberatung ins gesamte Beratungskonzept der Diakonie eingebunden sei.

Unter Bezug auf den Antrag der Kreistagsfraktion FREIE WÄHLER wies **Abgeordneter Hoffmann** auf folgende zu klärende Fragestellungen hin:

- Wie haben sich die Fallzahlen entwickelt?
- Fallen auch viele ältere Personen darunter?
- Wird auch Präventionsarbeit geleistet?

Frau Hagen entgegnete darauf, dass grundsätzlich die Fallzahlen gestiegen seien. Durch die erfolgte Personalaufstockung könnten auch zukünftig die zusätzlichen Beratungsfälle aufgefangen werden. Es werden gegenwärtig auch vermehrt Personen beraten, die von Rentenversicherungsleistungen leben. Der überwiegende Anteil der Beratungsfälle sei zwischen 30 und 50 Jahre alt. **Frau Hagen** erläuterte weiter, dass auch Präventionsarbeit in Form von Beratungen von Schulklassen und Konfirmanden erfolge.

Erster Kreisrat Dr. Puchert stellte klar, dass für die Entscheidung über diese Angelegenheit maßgeblich sei, wie die aktuelle Bedarfssituation von den betreuenden Schuldnerberatungen dargestellt werde. Er sah die Gefahr, dass durch weitere Betreuungsangebote in dieser Art ein zu enges Betreuungsnetz geschaffen würde. Die Eigenverantwortung müsse gefordert bleiben.

Abgeordnete Ubben, Harms und Bargmann verließen die Sitzung um 16.50 Uhr.

Abgeordneter Warmulla gab zu bedenken, dass die entspannte Situation bezüglich der Wartezeiten auch durch das zusätzliche Beratungsangebot des Vereins Schuldner-



beratung Ostfriesland e.V. entstanden sein könnte. Es müsse geklärt werden, welche Beratungsleistungen angeboten werden und wie viele es gebe.

Abgeordneter Fohrden hielt es für gut, dass der Ergänzungsantrag eingebracht, behandelt und abschließend beantwortet wurde. Einen zusätzlichen Bedarf sah er nicht und regte an, abschließend abzustimmen. **Abgeordneter Albrecht** bezeichnete die Arbeit der geförderten Schuldnerberatungen als hervorragend.

Erster Kreisrat Dr. Puchert hielt es für wichtig, die Beratungsbedarfe in der Zukunft zu beobachten, um dann bei Veränderungen oder Auffälligkeiten reagieren zu können.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung empfahl sodann einstimmig dem Kreisausschuss, einen Zuschuss für die Schuldnerberatung Ostfriesland e.V., Aurich, abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Themen zur Pflegekonferenz 2017**

Kreisamtsrat (KAR) Müller wies darauf hin, dass sich die Möglichkeit für die Bildung einer Pflegekonferenz aus § 4 Niedersächsisches Pflegegesetz (NPflegeG) ergebe. Aufgabe der Pflegekonferenz sei demnach die Beratung von Fragen

1. der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung,
2. der notwendigen pflegerischen Versorgungsstruktur,
3. der Koordinierung von Leistungsangeboten.

Abgeordneter Warmulla verließ die Sitzung um 17.07 Uhr und nahm ab 17.10 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Die Bildung einer Pflegekonferenz für den Landkreis Aurich wurde durch Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 25.01.2001 vorgenommen. Die konstituierende Sitzung der Pflegekonferenz fand am 29.08.2001 statt.

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung am 21.12.2015 wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.12.2015 der die Weiterentwicklung der Pflegekonferenz des Landkreises Aurich als externen Qualitätszirkel zum Inhalt hatte, behandelt. Zur Klärung, ob Interesse an einem solchen Qualitätszirkel bestehe, wurden im April 2016 71 Anbieter (27 vollstationäre Einrichtungen, 11 Tagespflegeeinrichtungen und 43 ambulanten Pflegedienste) befragt. **KAR Müller** erklärte, dass es nur Rückantworten von 12 Anbietern gab und insoweit festzustellen sei, dass kein großes Interesse an der Einrichtung eines Qualitätszirkels als Fortbildungsangebot bestehe.

Für kommende Pflegekonferenzen wurden beispielhaft folgende Themen benannt:

- Pflegekammer
- Dokumentation in der Pflege
- Perspektiven in der Pflege (für den Landkreis Aurich)
Zahlen, Daten und ggf. Prognose
- Gesetzesänderungen: Pflegestärkungsgesetze (PSG II und III)

- Niedersächsisches Gesetz über unterstützende Wohnformen (NuWG) „Umgehungsversuche“

KAR Müller erklärte, dass Ende März/Anfang April die kommende Pflegekonferenz geplant werde. Als Thema dieser Pflegekonferenz werde dann das Modellprojekt „ReduFix Nordseeküste“ vorgestellt. **Frau Prof. Dr. Bredthauer** ergänzte, dass „ReduFix“ Reduzierung von freiheitsentziehenden Maßnahmen in stationären und teilstationären Altenpflegeeinrichtungen bedeute.

TOP 11 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.01.2017:

Frau Prof. Dr. Bredthauer erklärte, dass sie vom **Landrat Weber** gebeten wurde, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen. Sie stellte zunächst dar, dass die gewählte Formulierung „Gewaltverhältnis“ ein juristischer Terminus sei, jedoch in diesem Zusammenhang unglücklich angewandt worden sei. Sie betonte allerdings, dass sie es für sehr mutig halte, sich zu dieser Thematik zu äußern. Sie stellte klar, dass sich die in Einrichtungen lebenden Personen stets in einen Abhängigkeitsverhältnis befänden und dieses entsprechend auch vom Landrat ausgedrückt werden sollte.

Abgeordnete Biller verließ die Sitzung um 17.23 Uhr und nahm ab 17.26 Uhr wieder an der Sitzung teil. **Abgeordneter Albrecht** verließ die Sitzung um 17.25 Uhr.

Abgeordnete Albers fragte nach, wie garantiert werden könnte, dass Beschwerden möglich sind. **KAR Müller** wies auf die Darstellung der Beschwerdemöglichkeiten im Heimvertrag hin.

Die Wichtigkeit von Angehörigenabenden/-veranstaltung wurde noch von **Frau Prof. Dr. Bredthauer** hervorgehoben. Hierdurch könnten Erfahrungen und Informationen ausgetauscht werden

Stationäres Hospiz:

Erster Kreisrat Dr. Puchert berichtete über den Förderverein Stationäres Hospiz e.V. in Norden und erklärte, dass die Verwaltung die Tätigkeiten des Vereins beim Aufbau einer solchen Einrichtung begleite. Er wies auf den „Runden Tisch“ in der kommenden Woche hin, der unter Beteiligung von Experten und bestehenden bzw. planenden Einrichtungen stattfinde.

Abgeordnete Klopsch verließ die Sitzung um 17.34 Uhr.

Gesundheitsregion:

Erster Kreisrat Dr. Puchert kündigte an, dass die Kreisrätin Krabbe in der übernächsten Sitzung einen Bericht zur Gesundheitsregion halten werde.

Verabschiedung:

Vorsitzende Kleinert erklärte, dass Dieter Christoffers zum 31.01.2017 in den Ruhestand wechseln werde. Sie stellte den Lebenslauf von Dieter Christoffers dar und hob besonders seine Zeit als Leiter des Sozialamtes hervor. Sie betonte, dass sie viele Jahre mit ihm zusammengearbeitet habe, gemeinsam immer gute Lösungen gefunden wurden und beschrieb ihn als ruhenden Pol. **Vorsitzende Kleinert** wünschte ihm viel Gesundheit und bedankte sich für die stets gute Zusammenarbeit. **Kreisverwaltungs-**



oberrat (KVOR) Christoffers sagte, dass das Sozialamt ein wichtiger Teil seines Lebens gewesen sei und bedankte sich für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen

Abgeordnete Biller und **Bienhoff-Topp** verlassen die Sitzung um 17.40 Uhr.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 12 **Einwohnerfragestunde**

Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 13 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.40 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Müller
Protokollführer